

Beschluss:

**„60 Jahre Menschenrechte“ – Menschenrecht auf Nahrung
wirksam umsetzen!**

Die Bundesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert im internationalen Dialog mit allen verantwortlichen Akteuren aus Nord und SÜD, dem Menschenrecht auf Nahrung höchste Bedeutung beizumessen. Das bedeutet - jetzt müssen Millionen von Menschen vor dem Hunger bewahrt werden und langfristig müssen alle Menschen eine reale Chance haben, ein Leben ohne Hunger zu führen. Dieses Ziel muss mit allen, den nationalen und internationalen EntscheidungsträgerInnen zur Verfügung stehenden Kräften auf politischem, wirtschaftlichem und rechtlichem Wege verfolgt werden.

Im September 2004 wurde auf einer FAO-Tagung in Rom aufgrund einer grünen Regierungsinitiative aus Deutschland der „...Katalog freiwilliger Leitlinien zur Unterstützung der schrittweisen Verwirklichung des Rechtes auf angemessene Nahrung im Rahmen der nationalen Ernährungssicherheit...“ beschlossen, der inzwischen von 187 Staaten unterschrieben wurde. Wir hatten somit erreicht, dass nach fast 20 Jahren wieder eine Menschenrechtsvereinbarung international abgeschlossen wurde.

Im Jahre 1948 war unter Art. 25 in die Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen erstmals auch das Recht auf Nahrung erwähnt worden („Everyone has the right to a standard of living adequate for the health and well-being of himself and his family, including food...“).

Aber: es gibt seit Jahrzehnten kein Menschenrecht, das so konsequent missachtet wird wie das Recht auf Nahrung und damit das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.

Die Zahl der Hungernden sinkt nicht, sondern steigt u.a. angesichts des Klimawandels weiter dramatisch an und auch die aktuelle Finanzkrise und deren Folgen trifft diese Menschen am stärksten – nach UN Angaben hungern 925 Millionen Menschen.

Das UN-Millenniumsziel, die Zahl der Hungernden bis 2015 zu halbieren, ist unzureichend genug. Aber auch dies kann nur erreicht werden, wenn sofort und energisch gehandelt wird. Die in den Leitlinien von 2004 dargelegten Maßnahmen müssen nun systematisch politisch umgesetzt werden.

Deshalb fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN von der Bundesregierung und der EU unmittelbar zu handeln. Armutsbekämpfung muss eine prioritäre Aufgabe für die Staatengemeinschaft werden. Internationale Stabilität wird nicht erreicht, wenn Menschen dauerhaft hungern müssen und ihr Recht auf Nahrung und körperliche Unversehrtheit permanent verletzt wird. Die Ursa-

chen der Hungerkrise sind vielfältig. In vielen Ländern sind Menschen im Ländlichen Raum vom Zugang zu Ressourcen wie fruchtbarem Boden oder Wasser ausgeschlossen. Produktionsmittel sind kaum erhältlich, Vermarktungswege verschlossen oder politische Krisen machen selbst eine Subsistenzlandwirtschaft unmöglich.

Aber auch die Industrieländer tragen die Verantwortung für einen Großteil der dramatisch ansteigenden Armut in den weniger entwickelten Ländern. Dieser Verantwortung wollen und müssen wir uns stellen. Die globale Erwärmung lässt ganze Regionen versteppen, Böden versalzen, so dass diese für die Landwirtschaft ersatzlos aus der Produktion herausfallen. Menschen mit geringer Mobilität besitzen außer der landwirtschaftlichen Produktion keine Einkommensalternativen.

Als kurzfristige Maßnahme notwendiger humanitärer Hilfe fordern wir eine unverzügliche Freigabe der von der Hunger-Task-Force der Vereinten Nationen geforderten und von der internationalen Gemeinschaft im Mai 2008 auf dem Welternährungsgipfel in Rom zugesagten finanziellen Mittel.

In vielen Agrarüberschussregionen ist entweder die Infrastruktur noch nicht ausreichend ausgebaut oder es mangelt an einem Zugang zu regionalen Märkten und den großen Absatzmärkten in der EU oder auch den USA. Für eine langfristige Entwicklungsperspektive dieser ärmeren Staaten ist ein fairer Marktzugang in die Europäische Union unerlässlich. Außerdem muss dringend das von NGOs lange geforderte WTO-Agrarabkommen um die sogenannte „Development Box“ erweitert werden. Die Anliegen der Entwicklungsländer müssen integraler Bestandteil der Internationalen Handelsabkommen werden.

Deshalb fordern wir ein Umsteuern in der Agrarpolitik, faire Handelsbedingungen, einen neuen entwicklungspolitischen Ansatz und das Recht auf einen selbstbestimmten Weg in der Nahrungsproduktion.

Die Agrarpolitik der EU trägt eine nicht unerhebliche Mitschuld an der Ernährungskrise. Die EU betreibt bis heute eine Politik der Exportsubventionen für Nahrungsmittel, mit der überschüssige Mengen in instabile Märkte gedrückt werden. Mit diesen Dumpingpreisen wird die Landwirtschaft in vielen weniger entwickelten Ländern ruiniert und die Länder langfristig in eine Abhängigkeit von Importen gedrängt. Diese Ungerechtigkeiten haben schwerwiegende Folgen für die ländliche Entwicklung in den Entwicklungsländern. Als EU-Mitglied ist Deutschland wichtiger Mitgestalter dieser Agrarpolitik. Wir fordern daher, dass sich die Bundesregierung dafür einsetzt, dass handelsverzerrende EU-Agrarsubventionen, vor allem die Exporterstattungen, so schnell wie möglich beendet werden.

Ein weiteres Problem für die Welternährungssituation ist u.a. unser hoher Fleischkonsum. Hochwertiges pflanzliches Eiweiß wandert bei uns und auch in vielen Schwellenländern in die Futtertröge und nicht auf den Teller. Dieses könnte Menschen als Ernährungsgrundlage dienen, die jetzt hungern. Die EU-Erlaubnis – in den Mitgliedstaaten immer noch Subventionen für die industrielle Massentierhaltung und Fleischproduktion zu zahlen - unterstützt diese absurde Situation und muss beendet werden.

Daher fordern wir einen EU-weiten Stopp aller Subventionen für die Massentierhaltung.

Zudem leisten wir uns immer noch einen extrem verschwenderischen Umgang mit Nahrungsmitteln. Nach einer Studie des US-Agrarministeriums wandert die Hälfte aller Nahrungsmittel in den USA in den Müll, EU-Zahlen dürften sich kaum davon unterscheiden. Der Hunger auf der

Erde ist also kein Phänomen der fehlenden Produktion, sondern vor allem ein Zugangs- und Verteilungsproblem. Das Problem der globalen Unterversorgung wird nicht zu lösen sein, wenn wir von einer technologischen Lösung für eine Produktionssteigerung ausgehen. Wir benötigen aber eine klare Linie für eine politische Lösung des Verteilungsproblems.

Zertifizierte Produkte aus Fairem Handel können für die Landwirte und Landwirtinnen vor Ort einen deutlichen Unterschied für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen machen. Das öffentliche Beschaffungswesen könnte hier viel stärker als bisher in die Pflicht genommen werden.

Fair-Trade - Produkte müssen stärker als bisher durch den Ausbau von Weiterverarbeitungskapazitäten in den Herstellerländern unterstützt werden.

Bund, Länder und Kommunen sollten alle Möglichkeiten nutzen, um im öffentlichen Beschaffungswesen Produkten, die mit dem Fair-Trade-Siegel ausgezeichnet sind, den Vorzug zu geben.

Wir fordern eine Umsteuerung in der Entwicklungspolitik. Die Förderung des ländlichen Raumes und der Zugang zu Land, Wasser und Saatgut, und folglich die eigenständige Ernährungssicherung, müssen darin den wesentlichen Stellenwert erhalten. Zurzeit werden nur 3,8% der bundesdeutschen Mittel in der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit für den Agrarbereich verwandt.

Weiterhin fordern wir, mindestens 10% der Mittel der deutschen Entwicklungszusammenarbeit für die Förderung der ländlichen Entwicklung zu verwenden. Die Empfängerländer sind aufgefordert, ebenfalls 10% ihres Staatsbudgets für ländliche Entwicklung bereit zu stellen. Dies entspricht dem von der Hunger-Task-Force der Vereinten Nationen unterbreiteten Vorschlag einer „10-zu-10-Initiative“. Es sollte außerdem in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit möglich sein, zusätzlich zu bereits vereinbarten Sektorschwerpunkten den Kampf gegen den Hunger als weiteren Schwerpunkt festzulegen.

Der Beitrag der Bäuerinnen und Bauern in den Entwicklungsländern für die Ernährungssicherheit muss anerkannt und von uns unterstützt werden. Regionale Märkte und Wirtschaftskreisläufe müssen ganz oben auf der Agenda stehen, **um das Recht auf Ernährungssouveränität in den weniger entwickelten Ländern umzusetzen.**

Ökologische und nachhaltige Landbaukonzepte werden in der Entwicklungspolitik in Zukunft eine wesentlich stärkere Rolle spielen. Angepasste Landbaukonzepte sind krisenfest, fördern die Unabhängigkeit von Agrarkonzernen und den exorbitanten Preissteigerungen insbesondere für Düngemittel. Ökologische und nachhaltige Anbauweisen sind das Modell für die Zukunft.

Das Modell einer industrialisierten Landwirtschaft ist keine Lösung für die Ernährungsprobleme in den weniger entwickelten Staaten. Wir dürfen keine neuen Abhängigkeiten von der chemischen Industrie und von Saatgutkonzernen wie Monsanto zulassen. Die Heilsversprechen der Gentechnikkonzerne dienen lediglich eigenen Profitinteressen. Sie dienen nicht der Hunger- oder Armutsbekämpfung, sie gefährden aber die Umwelt und die unabhängige Entwicklung der Landwirtschaft.

Es macht keinen Sinn, die Agrarproduktion bei uns zu erhöhen und durch Lebensmittelexporte den Rest der Welt mitzuversorgen. Solange auf den besten Böden der Entwicklungs- und Schwellenländer Viehfutter für unsere Fleischproduktion angebaut wird, ist das unsinnig und unverantwortlich.

Wir fordern eine vorrangige Förderung ökologischer, regional angepasster Landbausysteme und ein Ownership-Konzept, das möglichst vielen Menschen einen diskriminierungsfreien Zugang zum Erwerb und der Nutzung der Ressource Boden verschafft, mit Hilfe dessen sie ihren eigenen Lebensunterhalt bestreiten können.

Aufgrund der Konkurrenz zwischen Agrotreibstoffen und Nahrungsmitteln fordern wir eine Politik, die klare soziale und ökologische Standards setzt - sowohl bei der Erzeugung von Futtermitteln als auch bei der Produktion von Agrosprit.

Wir müssen verhindern, dass weitere Flächen in Gensojawüsten und Maismonokulturen verwandelt werden. Keine weiteren Flächen Urwald dürfen für die Palmölerzeugung gerodet werden. Im Gegenteil: Eine konsequente Aufforstungspolitik ist notwendig.

Agroenergieerzeugung macht nur in vorwiegend regionalen, hoch effizienten Kreisläufen Sinn. In vielen Ländern der Dritten Welt kann die Bioenergie eine Chance darstellen, wenn sie die Importabhängigkeit der Bäuerinnen und Bauern von fossiler Energie mindern.

Wir fordern ein Ende der Beimischungspflicht für Agrotreibstoffe, die die Große Koalition durchgesetzt hat.